



Interviews

Datum: 03. November 2024

Professor Volker Depkat, Historiker, USA-Experte, Universität Regensburg

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Heinemann: Das Interview der Woche mit Christoph Heinemann, guten Tag. Viele Bürgerinnen und Bürger haben bereits ihre Stimmen abgegeben. Tausende Ehrenamtliche begeben sich an diesem Wochenende wieder in die unsicheren US-Bundesstaaten, um für Kamala Harris oder Donald Trump zu werben. Dienstag ist Wahltag in den USA. Entweder wird die erste Präsidentin oder der frühere Präsident am 20. Januar in das Weiße Haus einziehen. Die Entscheidung fällt durch eine Handvoll Stimmen in einer Handvoll Bundesstaaten, nämlich in den Swing States, den Bundesstaaten, deren Abstimmungsverhalten von Wahl zu Wahl wechseln kann. Außerdem stehen die Abgeordneten des Repräsentantenhauses zur Wahl sowie ein Drittel der Senatorinnen und Senatoren. Und viele weitere regionale und lokale Entscheidungen stehen zur Abstimmung. Das weltpolitische Thema der kommenden Woche möchten wir beleuchten mit Professor Volker Depkat. Der Historiker lehrt Amerikanistik an der Universität Regensburg. Wir zeichnen das Gespräch am Freitag auf. Guten Tag.

Depkat: Guten Tag, Herr Heinemann.

Heinemann: Professor Depkat, worin unterscheidet sich das Wahlsystem in den USA von unserem?

Depkat: Das unterscheidet sich auf mehreren Ebenen. Wir haben ein sogenanntes Präsidialsystem, indem der Präsident direkt gewählt wird. Der amerikanische Präsident ist, anders als zum Beispiel in Frankreich, sowohl Staatsoberhaupt als auch Chef der Exekutive, also Regierungschef gleichermaßen. Er wird, wie gesagt, direkt vom Volk gewählt, und ihm gegenüber steht ein ebenfalls direkt gewähltes Zweikammerparlament, der Kongress, seinen Kammern, der Senat und das Repräsentantenhaus, und diese beiden Institutionen stehen einander antagonistisch gegenüber. Das heißt, der Präsident ist nicht von den Mehrheiten im Parlament abhängig, wie das zum Beispiel in Deutschland ist, wo der Kanzler oder die Kanzlerin ja immer eine Mehrheit im Parlament hat. Und daraus resultiert dann eben diese antagonistische

Grundhaltung. Ein weiterer Punkt, der auch besonders ist, ist der amerikanische Föderalismus, der auch Teil des Systems der Gewaltenteilung insofern ist, als diese Staaten auch die Aufgabe haben, die Bundesregierung unter Kontrolle zu halten. Auch dieser Föderalismus ist anders als der deutsche, wo wir ja das Subsidiaritätsprinzip haben. Also was auf unterer Ebene nicht gelöst werden kann, wird dann eben kooperativ auf der nächsten Ebene gelöst. Auch diese Art von Föderalismus gibt es in den USA nicht, sondern auch da herrscht eigentlich der Antagonismus vor, also die Staaten, die die Bundesregierung mit kontrollieren sollen. Eine letzte Ebene ist die Rolle der Parteien, die, anders als in Deutschland, nicht die zentrale Institution der Willensbildung sind. Die amerikanische Demokratie ist eigentlich sogar gegen den Einfluss der Parteien gegründet worden. Den Gründervätern, ausgehend im 18. Jahrhundert, ging es darum, den Einfluss von Factions, also von Parteien und Parteilichkeiten, zu zerbrechen und gar nicht erst aufkommen zu lassen, sodass eben auch die Rolle der Parteien eine andere ist, was sich nicht zuletzt auch darin manifestiert, dass das eine politische Kultur der Selbstorganisation ist. Es ist ja fast schon herzzerreißend zu sehen, mit welcher Energie sich die Wählerinnen und Wähler in den USA selbst organisieren, die Kampagnen für den jeweiligen Kandidaten oder die Kandidatin fahren. Das ist also wirklich eine von unten nach oben gehende Form der demokratischen Kultur, in der Parteien, wie gesagt, eine Rolle spielen, aber nicht die alles entscheidende Rolle wie im europäischen System.

Heinemann: Haustürwahlkampf. Die Bürgerinnen und Bürger wählen ja Wahlleute, gar nicht die Präsidentin oder den Präsidenten. Welche Folgen hat dieses System?

Depkat: Ja, das ist eben regelmäßig der Fall, dass die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gar nicht einmal so entscheidend ist. Wir haben es ja wiederholt in den letzten Wahlkämpfen gesehen, dass der unterlegene Kandidat, die unterlegene Kandidatin jeweils sogar mehr Stimmen hatte in der Popular Vote, wie das in den USA heißt, oder die Mehrheit, aber es werden eben Wahlmänner gewählt. Die sind auf die Staaten verteilt, und es kommt eben darauf an, die Mehrheit der Wahlmänner und auch inzwischen ja Wahlfrauen auf sich zu vereinigen, sodass es regelmäßig zu der Diskrepanz kommen kann, dass man zwar die Mehrheit in der Volksabstimmung gewinnt, aber eben nicht die Mehrheit der Wahlmänner und -frauen auf sich vereinigt. Potenziell ist das eine undemokratische Form des Wählens, die wir da haben.

Heinemann: Über die wie diskutiert wird im Land?

Depkat: Ja, das ist eine interessante Frage. Sehr viele Amerikanerinnen und Amerikaner sind mit diesem System unzufrieden. Neulich kam eine Umfrage der New York Times heraus, wonach nur die Hälfte der Amerikanerinnen und Amerikaner sich angemessen repräsentiert sieht in diesem System, ihre Stimme angemessen gewürdigt

finden. 75 Prozent der Amerikanerinnen und Amerikaner machen sich sogar Sorgen um den Bestand ihrer Demokratie, und ein ganz entscheidender Punkt hier ist eben dieses Wahlmännersystem, das regelmäßig diese Schieflage produziert. Gleichzeitig finde ich aber, dass die Amerikaner oder die USA, und das denkt man in Europa ja immer gar nicht so, so etwas sind wie das älteste Land der Moderne, das sehr, sehr traditionsverhaftet ist. Wir denken ja immer, Amerika, Land ohne Geschichte. Ich kenne kaum ein Land, in dem die Geschichte und die Tradition so präsent ist im Alltag wie in den USA. Und deshalb gibt es zwar viel Gemurre, es gibt viel Kritik an diesem System, aber ich sehe nirgends irgendwie den politischen Willen, das jetzt grundlegend zu ändern, zumal das eben geändert werden müsste durch eine Verfassungsänderung. Dieses System ist in der Verfassung festgelegt, und es müsste durch eine Verfassungsänderung geändert werden, aber da sehe ich auf keiner Seite den politischen Willen, das zu tun.

Heinemann: Professor Depkat, hinter uns liegt ja kein gewöhnlicher Wahlkampf. Die Demokraten haben im Rennen die Spitze ausgewechselt. Aus Biden-Harris wurde Harris-Walz. Wie hat die eher blass wirkende Vizepräsidentin die Bewerbung um das Spitzenamt angenommen?

Depkat: Das, finde ich, ist eine der überraschendsten Entwicklungen dieses Wahlkampfes gewesen, mit welcher Entschlossenheit Kamala Harris diesen Wahlauftrag oder diese Amtsübergabe oder Machtübergabe angenommen hat. Sie hat die Partei binnen weniger Tage hinter sich gebracht. Es gab ja anfangs sogar noch Überlegungen, wollen wir jetzt nicht einen wirklichen Wettbewerb um die Präsidentschaftskandidatur haben, wollen wir das Ganze nicht wirklich erst auf der Convention der Demokraten im Sommer entscheiden lassen. Selbst Barack Obama war jetzt nicht unbedingt da für diesen Automatismus, Joe Biden hat gesagt, Kamala Harris soll es machen, und wir akzeptieren das alle. Es gab eine kurze Phase in der Demokratischen Partei, wo auch Alternativen diskutiert wurden, wo diskutiert wurde, ob man jetzt nicht wirklich einen freien Wettbewerb potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten haben sollte. Das hat Kamala Harris eigentlich innerhalb von drei Tagen beendet und die ganze Partei hinter sich gebracht. Das hatte dann ja einen erst einmal durchaus positiven Effekt auf die Partei. Die Amerikaner sprechen immer von Energizing, also Energie wurde freigesetzt, und man war eigentlich ganz optimistisch und enthusiastisch. Dann kam eben die TV-Debatte, die Kamala Harris in meinen Augen klar für sich entschieden hat, aber dann ist die Debatte oder die Kampagne so ein bisschen erlahmt.

Heinemann: Die Luft raus.

Depkat: Sie hat das Momentum nicht aufrecht erhalten können. Von dem anfänglichen Enthusiasmus ist dann doch im Laufe der weiteren Kampagne einiges verloren gegangen.

Heinemann: Welche Rolle spielen Geschlecht und Hautfarbe bei dieser Wahl?

Depkat: Also das, finde ich, ist ja nun fast schon die Eine-Million-Dollar-Frage. Man hätte ja denken können, okay, wir haben jetzt hier eine Frau mit einem Migrationshintergrund als Farbige, dass da so ein gewisser Automatismus ist, dass jetzt die Frauen für sie stimmen würden, dass die People of Color für sie stimmen würden. Und gleichzeitig denkt man ja auch, ein so frauenfeindlicher Präsidentschaftskandidat wie Donald Trump, der sich auch einen Spaß daraus macht, seine toxische Männlichkeit ostentativ zu inszenieren, dass also die Frauen in Amerika so einen Kandidaten ablehnen. Wir sehen aber, dass längst nicht alle Afroamerikaner für Kamala Harris stimmen. Sie hat erkennbar Probleme, die African American Vote für sich zu mobilisieren. Es sind längst nicht alle Frauen für Kamala Harris. Und selbst die Hispanics, von denen man ja denken könnte, die haben nun einen absoluten Hass auf Trump, weil er sie ja immer wieder als Kriminelle, als Vergewaltiger, als Schädlinge am Volk bezeichnet, selbst die Staaten, in denen es eine signifikante hispanische Bevölkerung gibt, sind nicht automatisch Demokraten. Es gibt sehr viele Hispanics, die für Trump stimmen werden. Insofern die Frage, welche Rolle Gender, welche Rolle Hautfarbe, welche Rolle Race in diesem Wahlkampf spielt, finde ich insofern spannend, als sie offenbar nicht die Rolle spielen, die viele Soziologen erwartet hätten. Ein gewisser Automatismus zwischen Schwarzsein und demokratisch wählen, zwischen Hispanic sein und demokratisch wählen, das gibt es so nicht. Und das, finde ich, ist bemerkenswert.

Heinemann: Wenn doch, warum könnte ihr dann 2024 gelingen, was Hilary Clinton 2016 nicht geschafft hat?

Depkat: Na, nun muss sie es ja erst einmal schaffen. Sollte sie es schaffen, vielleicht könnte man in die Richtung argumentieren, sie hat halt nicht so die Vorgeschichte wie eine Hilary Clinton. Bis heute ist ein signifikanter Teil von Amerikanerinnen und Amerikanern der Meinung, dass sie Kamala Harris eigentlich noch gar nicht so richtig kennen. Als Hilary Clinton 2016 sich um die Präsidentschaft bewarb, gab es eine klare Vorgeschichte. Sie war eine exponierte Vertreterin des liberalen Feminismus. Sie war in vieler Hinsicht die Personifikation der liberalen Agenda, die die Wählerinnen und Wähler von Donald Trump abgelehnt haben. Ich bin der Überzeugung, dass viele 2016 auch deshalb Trump gewählt haben, weil sie eine Hilary Clinton nicht haben wollten. 51 Prozent der weißen amerikanischen Frauen haben 2016 Donald

Trump gewählt, und meine Antwort darauf war immer, dass das eine Form von Weiblichkeit und Femininität repräsentiert, Hilary Clinton, die eben gerade jetzt die konservativen Wählerinnen und Wähler nicht haben wollten. Also Hilary Clinton steht in vieler Hinsicht für ein liberales Amerika, das ja nun gerade Gegenstand der ganzen konservativen Kritik ist. Kamala Harris ist demgegenüber ein relativ unbeschriebenes Blatt. Und das könnte dann ein Grund dafür sein, warum sie nicht so viel Abneigung und Antipathie auf sich zieht, wie Hilary Clinton es 2016 getan hat.

Heinemann: In einem Punkt ist sie es ja nicht. Stärker als bei früheren Präsidentschaftswahlen ging es ja dieses Mal um das Recht auf Abtreibung. Harris hat damit zu punkten versucht, Trump blieb eher vage. Warum hat dieses Thema dieses Mal eine solche Bedeutung bekommen?

Depkat: Ja, nun die Abtreibungsfrage ist eigentlich seit den späten 60er Jahren so etwas wie ein zentrales Schlachtfeld der Kulturkämpfe, die in den USA ja aufgebrochen sind, die 60er Jahre als die Zeit großer liberaler Emanzipationsgewinne. Es ist die Zeit der African American Bürgerrechtsbewegung. Es ist die Zeit der Frauenbewegung, des liberalen Feminismus, viele andere Emanzipationsbewegungen, und das macht sich sehr schnell auch an der Forderung nach dem Recht der Frau auf freie Selbstbestimmung fest. Also insbesondere die liberale Frauenbewegung ist hier zu nennen. Es kommt dann 1973 zu diesem Urteil des Supreme Courts, des Obersten Verfassungsgerichts, im Falle Roe versus Wade, der letztlich Abtreibung legalisiert in gewissen Maßen und im gewissen Rahmen. Und diese Entscheidung ist eigentlich recht bald nach der Verkündung der Einsatzpunkt für eine massive konservative Kritik an der Abtreibung, sodass sich eigentlich die konservative Wende in den USA zum Teil auch eben an der Frage der Abtreibung kristallisiert und durch sie vollzieht. Es findet dann seit 2010 ein systematischer Kampf der Republikanischen Partei gegen die Abtreibung statt, der zunächst durch die Staaten geht. Also 2010/2011 ist ein Phasenwechsel in der amerikanischen Politik insofern, als die Republikaner viele der Staatsparlamente, der Einzelstaatsparlamente erobern. Und dann setzt recht bald eine systematische Kampagne auf der Einzelstaatsebene gegen die liberale Abtreibungsgesetzgebung ein. Und dann haben wir eben 2022 mit dem Fall Dobbs versus Jackson Women's Health Organization, wo der Supreme Court jetzt Abtreibungen nicht für illegal erklärt, aber die Entscheidungsgewalt an die Staaten zurückgibt. Das ist eigentlich das, was 2022 passiert, dass fortan jetzt die Mehrheiten in den Einzelstaaten darüber entscheiden sollen, wie die Frage der Abtreibung zu regeln ist. Und das wird eben republikanerseits als der große Sieg in diesem Kulturkampf verkauft. Und deshalb hatte eben Kamala Harris die Hoffnung, jetzt hier das Pendel in die andere Richtung schwingen zu lassen, zumal eben auch viele wohl situierte republikanische Frauen durchaus für eine liberale Abtreibungsregelung sind.

Und das war oder ist, glaube ich, immer noch die Hoffnung, dass man hier im Camp der Republikaner insofern Stimmen gewinnen kann, als es eben gerade viele Frauen in den so oft beschworenen Vorstädten, in den Suburbs gibt, die, obwohl sie grundsätzlich republikanisch denken, sich in der Abtreibungsfrage eine liberale Regelung wünschen.

Heinemann: Zu den wichtigsten Themen gehören außerdem Wirtschaft und Kaufkraft. Viele Menschen kommen nicht über die Runden. Wie möchte Harris das ändern?

Depkat: Na ja, nun sie fährt ja einen Wahlkampf der Mittelklasse. Es sollen wieder die kleinen Betriebe gefördert werden, auch gegen die Macht der Konzerne, die ja in den USA sehr, sehr groß ist. Es ist also eher so die Vorstellung einer mittelständischen Wirtschaft, die da wieder gefördert werden soll. Die Leute, die eben täglich ihrer Arbeit nachgehen, die eigene kleine Unternehmen betreiben, die Handwerker, die kleinen Geschäftsleute, sonstige Dienstleister, die sollen eigentlich gefördert werden, also eine gezielte, so würden wir es in Deutschland wahrscheinlich nennen, Mittelstandspolitik, obwohl der Begriff Mittelstand auf die USA nicht so richtig passt, aber das ist eigentlich so ihre Idee einer Wirtschaftspolitik, die vor allen Dingen eben die kleineren und mittleren Unternehmer fördert, um auch den großen Konzernen etwas entgegenzusetzen.

Heinemann: Was schlägt Trump vor?

Depkat: Trump macht als Milliardär Politik für Milliardäre. Für ihn ist das einzige Rezept weiterhin die Steuersenkung, Tax Breaks for the Rich, wie das dann in den USA immer so heißt. Also es geht vor allen Dingen um die alte konservative Idee, die wir seit Ronald Reagan haben, wir erleichtern die Steuern für alle, insbesondere für die Besserverdienenden. Die dadurch freiwerdenden monetären Gewinne werden dann eingesetzt, um wirtschaftliches Wachstum anzukurbeln. Das ist ja seit Ronald Reagan so die zentrale konservative Idee. Das ist unter Donald Trump für meine Begriffe radikalisiert worden, sodass wir hier eine Politik von Reichen für Reiche haben, die aber, und das ist eben, glaube ich, auch entscheidend für den Erfolg von Donald Trump, gerade bei den Schichten, von denen man sich fragt, warum wählen die eigentlich einen Milliardär, weil am Ende dieser Tax Policy dann eben für alle mehr Geld im Portemonnaie ist. Also das sind immer diese Across-the-Board Tax Breaks, also Steuerreduzierungen für alle. Das begünstigt die ohnehin schon Wohlhabenden vergleichsweise stärker als die kleineren und mittleren Einkommen, aber am Ende dieser Steuerreform hatten eben auch die kleineren und mittleren Einkommen am Ende mehr Geld in der Tasche. Das war schon bei Ronald Reagan so, und das ist auch bei Donald Trump so. Und wenn ich mich so umhöre, wenn ich auch jetzt die

Nachrichten aufmerksam verfolge, viele Amerikanerinnen und Amerikaner sagen, unter Trump ging es mir gut. Unter Trump ging es mir wirtschaftlich gut und das eben in einer Zeit jetzt von steigender Inflation. Und insofern auf der einen Seite machen wir es uns immer sehr einfach, ja, das ist dann Steuerpolitik von Reichen für die Reichen, aber es ist eben schon so, dass am Ende dieser Steuerpolitik für alle spürbar mehr Geld im Portemonnaie ist. Und das ist eben dann auch ein Grund für Wahlentscheidungen.

Heinemann: Interview der Woche im Deutschlandfunk, heute mit dem Historiker Professor Volker Depkat. Er lehrt Amerikanistik an der Universität Regensburg. Vor der Amtsübergabe im Januar 2021 stürmten Parteigänger des Amtsinhabers das Kapitol, aufgestachelt durch Donald Trump. Könnte die Lüge von der gestohlenen Wahl in der kommenden Woche eine zweite Hochzeit erfahren?

Depkat: Also die hat ja nie aufgehört, eine Hochzeit zu haben. Das ist für mich ja persönlich eine der unglaublichsten Erfahrungen seit 2020, dass diese Lüge von der gestohlenen Wahl sich dermaßen in der amerikanischen Gesellschaft verankern konnte. Die hat sich ja regelrecht eingefressen in viele, insbesondere republikanische Wählerkreise, sodass eine zweite Hochzeit irgendwie suggeriert, als sei das jemals weg gewesen, aber das war ja immer da, und das hat eben die Integrität des politischen Prozesses, insbesondere des Wahlprozesses, sehr, sehr stark, wenn nicht gar unreparierbar, beschädigt.

Heinemann: Unreparierbar?

Depkat: Ich denke schon. Ich meine, wir sehen ja jetzt schon, wie sich im Vorfeld der Wahl die Parteien, und insbesondere die Republikaner, schon in Position bringen. Wir haben jetzt gerade heute in der New York Times lesen können, dass jetzt gestellte Wahlumfragen einen klaren Sieg für Donald Trump voraussagen. Damit bringt man sich eigentlich schon in Position, um zu sagen, sollte es jetzt dann doch Donald Trump nicht gelingen, die Wahl zu gewinnen, dann wird diese Geschichte vom Wahlbetrug vielleicht umso stärker noch einmal wieder vorgebracht, aber unreparierbar war vielleicht ein bisschen zu stark. Ich glaube immer noch an die Selbstheilungskräfte freier Gesellschaften, und man sollte freie Gesellschaften nicht unterschätzen, gerade auch, wenn man sich noch einmal wieder vor Augen führt, mit welcher Initiative, mit welchem Enthusiasmus, mit welcher Hingabe eben einzelne Amerikanerinnen und Amerikaner, wie eben schon gesagt, daran arbeiten, für ihren Kandidaten Mehrheiten zu organisieren, wie das wirklich von Bottom-up, von unten hoch, sich da politische Organisationen bilden, wirklich in Akten von Selbstorganisationen. Insofern war unreparierbar vielleicht ein bisschen zu stark, aber es ist schon stark zerbeult, das ganze System.

Heinemann: Es wurde viel über einen Masterplan berichtet, das sogenannte Projekt 2025, ausgearbeitet durch die konservative Heritage Foundation, mit dem Ziel einer vollständigen Übernahme der Exekutive. Heritage Foundation-Chef Kevin Roberts sprach von einer zweiten amerikanischen Revolution. Wäre ein nächster Präsident Donald Trump dann nur der Hampelmann, an dessen Schnur andere ziehen?

Depkat: Das sollten wir nicht glauben. Donald Trump, den haben wir eigentlich alle, auch schon in seiner ersten Amtszeit, unterschätzt. Wir dachten ja vielfach, das Amt würde ihn disziplinieren. Vielleicht war er etwas rabaukenhaft im Wahlkampf, aber einmal eingeschworener amerikanischer Präsident würde der Apparat aus Bürokratie, aus den ganzen Ministerien ihn schon irgendwie disziplinieren und auf Linie bringen. Die Erfahrung seiner ersten Amtszeit ist, dass das eben gerade nicht passiert ist. Er hat sich nicht disziplinieren lassen. Er hat eher die Leute, die ihn disziplinieren wollten, dann rausgeschmissen und durch neue ersetzt. Dieses Mal hat er eben die Erfahrung seiner ersten Amtszeit schon im Nacken. Ich glaube, dass er dieses Mal sehr viel zielgerichteter und sehr viel konziser agieren wird in der Umsetzung seiner Agenda. Und ich glaube auch, dass dieser Mann so narzisstisch ist, dass er sich gar nicht gefallen lassen wird, von anderen Leuten sich sagen zu lassen, was er machen soll. Von Ronald Reagan wissen wir, dass er gerne einmal eine Kabinettsitzung verschlafen hat und die Leute hat machen lassen. So schätze ich Donald Trump nicht ein. Ich glaube, dass er schon der Agenda Setter sein wird. Ich glaube schon, dass er sehr energisch agieren wird und sich nicht einfach nur zum Erfüllungsgehilfen anderer Interessen machen lassen wird. Ich meine, er hat auch Steve Bannon rausgeschmissen am Ende, wo wir auch dachten, Steve Bannon ist die dunkle Eminenz im Hintergrund. Auch Steve Bannon ist inzwischen nicht mehr da und Donald Trump immer noch.

Heinemann: Ein weiteres wichtiges Thema ist ja die Migrationspolitik. Wieso haben es Harris und Biden nicht geschafft, für eine geregeltere Migration zu sorgen angesichts der Bedeutung des Themas?

Depkat: Weil der amerikanische Präsident das alleine gar nicht kann. Wir sagen immer, der amerikanische Präsident ist der stärkste und mächtigste Mann der Welt oder auch die amerikanische Präsidentin. Das stimmt ja aber gar nicht, sondern der amerikanische Präsident muss seine Macht in einem System organisieren und realisieren, das auf der Gewaltenteilung basiert. Insofern braucht ein amerikanischer Präsident für alles, was er macht, Mehrheiten im Kongress. Diese Geschichte mit der Migrationspolitik, das letzte große Gesetzgebungswerk zur Migrationspolitik ist 1965, der Hart-Celler, Immigration and Reform Act. Das ist eigentlich der legale oder rechtliche Rahmen, in dem wir uns bis heute bewegen, der eben in den 60er Jahren verabschiedet worden ist, zu einer Liberalisierung der Einwanderungsgesetzgebung

führt und letztlich die rechtliche Grundlage für die sich seitdem entfaltende dritte große Welle der Masseneinwanderung in die USA die Grundlage legt. Und seit den 1990er Jahren wird eigentlich versucht, diesen Akt oder dieses Gesetz zu reformieren, anzupassen an die Realitäten, die sich seitdem entwickelt haben. Selbst Obama sagte: „Our Immigration System Is Broken“, unser Immigrationssystem ist kaputt. Wir müssen da endlich jetzt etwas machen, aber das scheiterte bisher eben immer an fehlenden Mehrheiten im Kongress. Und wir wissen ja nun auch, dass es Anfang des Jahres 2024 zumindest kurz davor stand, dass es so etwas wie ein Bipartisan, also ein von beiden Parteien im Kongress getragenen Kompromiss oder eine Lösung zur Einwanderungspolitik geben würde oder geben könnte. Das hat Donald Trump ja aktiv verhindert. Er hat ja aktiv Druck auf die Republikanischen Abgeordneten im Kongress ausgeübt, um diesen im Entstehen begriffenen Kompromiss gar nicht erst entstehen zu lassen, um sich selbst eben nicht des Wahlkampfthemas Immigration zu berauben. Also noch einmal, der Präsident alleine kann da nicht viel machen. Er braucht den Kongress, und im Kongress scheiterte es bisher immer an fehlenden Mehrheiten für eine grundlegende Reform des Einwanderungssystems.

Heinemann: Schauen wir noch über die Landesgrenzen hinaus. China, Ukraine, Naher Osten, welche Auswirkungen hat die Wahl am Dienstag für die amerikanische Außenpolitik?

Depkat: Das, würde ich sagen, ist in allen Richtungen offen. Donald Trump hat natürlich in einigen Statements schon gesagt, dass er also den Ukraine-Krieg beenden wird, dass er auch mit China ins Gespräch kommen wird. Das ist ja auch teilweise sehr militant gewesen, sehr entschieden gewesen. Wenn man sich seine Außenpolitik in der ersten Amtszeit einmal anguckt, dann war von dieser Rhetorik am Ende nicht mehr viel übrig. Mein Beispiel ist Afghanistan. Da hat er damals 2016 auch versprochen, er würde die amerikanischen Truppen binnen von drei Wochen aus Afghanistan zurückziehen. Dann hat er aber gesehen, das geht gar nicht so einfach. Dann hat er sogar erst noch einmal die Truppen verstärkt und am Ende dann in einem hastigen und auch überhasteten Deal mit den Taliban dann den Rückzug der Amerikaner organisiert. Also das war ein ziemliches Hin und Her. Das war jetzt nicht irgendwie ideengetrieben oder prinzipiengetrieben. Das war mehr so ein hastiges Springen nach Deals. Und insofern muss man jetzt diese Rhetorik, die er da bringt, sicherlich einerseits ernst nehmen. Auf der anderen Seite sind eben dann doch die Erfahrungen seiner ersten Amtszeit so, dass es zwar sehr viele Irrlichter in der Politik gab, aber jetzt keine, die im Einklang war mit dem, was er vorher im Wahlkampf erzählt hat. Was wir von Kamala Harris zu erwarten haben, kann keiner so richtig sagen. Joe Biden ist der letzte Atlantiker im Weißen Haus gewesen. Ob Kamala Harris diese Politik der europäisch-amerikanischen Beziehungen, auch jetzt eben die Verteidigung

Europas, NATO, mit der Entschiedenheit fortsetzen wird, wie Joe Biden das gemacht hat, steht für meine Begriffe auch in den Sternen. Joe Biden selber hat nach dem Ende des Rückzugs der amerikanischen Truppen aus Afghanistan gesagt, ein großes Kapitel der amerikanischen Außenpolitik ist zu Ende, und dieses Kapitel begann im Ersten Weltkrieg mit Woodrow Wilson und der Idee eines demokratischen Internationalismus, wonach Amerika eben seine Macht dazu einsetzen sollte, Demokratie und freie Marktwirtschaft überall in der Welt zu verbreiten. Dieses Kapitel sah er eben mit dem Rückzug der Amerikaner aus Afghanistan beendet und wollte jetzt eine neue Seite aufschlagen in diesem Buch der amerikanischen Außenpolitik, aber es ist eben nicht ganz so klar, wohin das geht. Und Joe Biden, wie gesagt, ist ein überzeugter Atlantiker, was auch mit seiner Biografie und seiner politischen Prägung zu tun hat. Was wir da von Kamala Harris zu erwarten haben, wage ich nicht vorauszusagen.

Heinemann: Dienstag ist Wahltag. Trauen Sie sich eine Voraussage zu? Wer wird das Rennen machen, Harris oder Trump?

Depkat: Ich traue mir nicht zu, auf irgendwen zu wetten. Momentan werden ja viele Wetten abgeschlossen. Einige setzen auf Trump, einige setzen auf Harris. Ich habe noch nie in meinem Leben eine so knappe Situation erlebt, wie sie jetzt ist. Es steht vor allem auch in den Swing States auf des Messers Schneide. Die Umfragen sind eigentlich alle too Close to Call, also viel zu nahe beieinander, um irgendwas zu sagen. Also ich würde hier auf keinen der Kandidaten irgendetwas wetten.

Heinemann: Herr Depkat, vielen Dank für das Gespräch.

Depkat: Ich danke auch Ihnen.